

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Sicherheitspolitik
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Jan Lemanski

Japan und der Streit um das iranische Atomprogramm

FG3-DP 04
Mai 2006
Berlin

Inhalt

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3~4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind
Arbeiten im Feld der For-
schungsgruppe, die nicht
als SWP-Papiere heraus-
gegeben werden. Dabei kann
es sich um Vorstudien zu
späteren SWP-Arbeiten
handeln oder um Arbeiten,
die woanders veröffentlicht
werden. Kritische Kommen-
tare sind den Autoren in
jedem Fall willkommen.

Japans Abhängigkeit vom Öl und der Iran 3

Japans Ausgangssituation im Atomstreit mit Iran 5

Fazit: Trittbrettfahrt nach Azadegan? 7

Kaum ein anderes sicherheitspolitisches Thema beschäftigt die internationale Staatengemeinschaft derzeit mehr als der Streit um das iranische Atomprogramm. Da Teheran den Vorwurf, es wolle sein Atomprogramm nicht nur für zivile Zwecke nutzen, bisher nicht zu entkräften vermochte, wird mittlerweile im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) über eine Resolution verhandelt, die zu Sanktionen führen könnte.¹ Bereits seit langem fordert die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) vom Iran, die Urananreicherung bis auf weiteres auszusetzen. Zuletzt verabschiedete der Gouverneursrat der IAEA Anfang Februar 2006 eine entsprechende Resolution. 27 von 35 Mitgliedern, darunter auch Japan, stimmten dieser Resolution zu. Hierzulande fand dabei die japanische Position im Fall Iran kaum Beachtung. Auf den ersten Blick mag dies nicht verwundern. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, Russland, Frankreich und Großbritannien, ist Japan kein ständiges Mitglied im VN-Sicherheitsrat. Zudem ist Tokio nicht nur ein enger Verbündeter Washingtons, sondern auch, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki, ein Unterstützer des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV). Dass Japan die Haltung der USA beziehungsweise der EU-3 gegenüber Teheran teilte und als derzeitiges nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der VN den Iran zur vollständigen Suspendierung seiner Aktivitäten zur Urananreicherung aufforderte, schien insofern folgerichtig.

Gleichwohl lohnt es sich, die Position Japans im Streit um das iranische Atomprogramm näher zu beleuchten. Weitgehend unberücksichtigt in der deutschen und europäischen Debatte, unterhält Tokio nicht nur traditionell gute Beziehungen zu Teheran, sondern ist nach der Europäischen Union (EU) auch der zweitwichtigste Handelspartner Teherans. Iran ist nach Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) der drittgrößte Rohöllieferant Japans. Da Japan gleichzeitig der größte Abnehmer für iranisches Öl ist, kann man von besonders ausgeprägten wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen diesen Staaten im Bereich der Energieversorgung sprechen.²

¹ Vgl. Warren Hodge, *Britain and France Press U.N. to Oppose Iran Nuclear Efforts*, in: *New York Times*, 04. Mai 2006: <<http://www.nytimes.com/2006/05/04/world/middleeast/04nations.html>> (eingesehen am 06.05.2006).

² Im Jahr 2004/05 war Japan vor Italien, Südkorea und China größter Abnehmer iranischen Rohöls. Nur, wenn man die EU als gemeinsamen Konsumenten iranischen Rohöls betrachtet, übertrifft sie Japan. Vgl. Länderinformationen Auswärtiges Amt (Hg.), *Iran*; <<http://www.auswaertiges->

amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html> (eingesehen am 02.05.2006).

Ungeachtet der seit Jahren andauernden Diskussion um das iranische Atomprogramm forciert die japanische Regierung derzeit über ihre Beteiligung an japanischen Ölfirmen neue Explorations- und Produktionsprojekte im Iran, die diese Verbindungen sogar noch intensivieren würden.

Vor diesem Hintergrund befasst sich dieses Diskussionspapier mit der Frage, wie sich Japan bei einer weiteren Eskalation im Fall Iran vermutlich verhalten würde. Aus europäischer Sicht ist die Beantwortung dieser Frage von besonderem Interesse. Denn Japan befindet sich schon aufgrund seiner engen wirtschaftlichen Bindungen zum Iran in einem Dilemma. Energiepolitische Interessen müssen gegen ein entschiedenes Eintreten für die nukleare Nichtverbreitung abgewogen werden. Dieses Dilemma teilen die meisten Staaten der EU und nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland. In diesem Diskussionspapier werden deshalb zunächst Japans energiepolitische Interessen im Iran dargelegt. Darauf aufbauend wird im zweiten Teil analysiert, bei welchen Entwicklungen im Fall Iran Japans energiepolitische Beziehungen zu Teheran zur Disposition stehen dürfte. In einem abschließenden Fazit stehen dann die Auswirkungen der zuvor gewonnen Erkenntnisse auf die internationalen Bemühungen im Streit um das iranische Atomprogramm im Mittelpunkt. Dabei wird auch darauf eingegangen werden, welche Rolle den EU-3 hieraus erwächst.

Japans Abhängigkeit vom Öl und der Iran

Japan ist aufgrund seiner Ressourcenarmut wie keine andere westliche Industrienation zur Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung auf den Import von Rohstoffen angewiesen.³ Dementsprechend deckt

amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Iran/Wirtschaft.html> (eingesehen am 02.05.2006).

³ Japan verfügt mit gesicherten 59 Millionen Barrel Erdölvorkommen (Deutschland 390 Millionen Barrel), 39 Milliarden m³ Gasvorkommen (Deutschland 200 Milliarden m³) und 359 Millionen Tonnen Kohlevorkommen (Deutschland 6739 Millionen Tonnen) über nur unbedeutende nationale Reserven. Vgl. eigene Zusammenstellung aus folgenden Quellen: BP Global (Hg.), *BP Statistical Review of World Energy 2005*; <http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/publications/energy_reviews_2005/STAGING/local_assets/downloads/pdf/statistical_review_of_world_energy_full_report_2005.pdf> (eingesehen am 30.03.2006); CIA (Hg.), *The World Fact Book 2005*; <<http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/index.html>>

Japan seinen primären Energiebedarf zu 96 Prozent (Deutschland: 63 Prozent) aus importierten Energiequellen. Gleichzeitig gilt für Erdöl und Erdgas, dass deren weltweite Reserven im Falle des Erdöls zu über 60 Prozent und bei Erdgas zu über 40 Prozent in der politisch instabilen Region des Nahen Ostens liegen.⁴

Bereits seit der Ölkrise von 1973, als Japan 77 Prozent seines primären Energiebedarfs durch Erdöl deckte, ist die Energieversorgung für Tokio ein zentrales Problem der nationalen Sicherheit. Seither ist es erklärtes Ziel japanischer Regierungen, insbesondere die Abhängigkeit vom Öl aus dem Nahen Osten durch gesteigerte Effizienz und Diversifizierung zu reduzieren.⁵ Obwohl Japan in der Zwischenzeit große Fortschritte im Bereich der Energieeffizienz erzielt hat, konnte es seine Abhängigkeit vom Öl aus dem Nahen Osten bis heute nicht nennenswert reduzieren. Zwar sank der Anteil des importierten Öls aus der Region bis zum Ende der 1980er Jahre auf unter 70 Prozent. Seitdem stieg er jedoch kontinuierlich und liegt derzeit bei über 85 Prozent (Deutschland: 7 Prozent).⁶ Auch die Bemühungen, durch die verstärkte Nutzung von fossilen Brennstoffen wie Kohle und Erdgas sowie dem Ausbau der Atomenergie die Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren⁷, stoßen aufgrund der Nachteile jeder dieser Energieformen an ihre Grenzen.⁸ Schließ-

lich ist es Japan zwar gelungen, den relativen Anteil von Öl an der Energieversorgung von 77 Prozent (1973) auf 52 Prozent (2002) zu senken, doch blieb der Ölkonsum in absoluten Zahlen gleichzeitig weitestgehend stabil.⁹ Die Sicherung einer stabilen Ölversorgung Japans ist demzufolge weiterhin ein zentrales Anliegen in Tokios Energiepolitik. Dabei geht die japanische Regierung davon aus, dass eine verlässliche Versorgung mit Öl nur durch einen möglichst direkten Zugang zu Erdölfeldern zu erreichen ist. Dieses Ziel kulminiert in dem Bestreben, den Anteil von so genannten „Hinomaru-Öl“¹⁰, d. h. durch japanische Ölfirmen produziertes und importiertes Erdöl, bis zum Jahr 2030 von 15 auf 40 Prozent zu erhöhen.¹¹

Aufgrund der Verteilung der bisher bekannten weltweiten Erdölreserven ist die Region des Nahen Ostens zentral für die Umsetzung der Strategie des „Hinomaru-Öls“. Mit dem Verlust der Bohrrechte der japanischen *Arabian Oil Company* (AOC) im saudi-arabischen Teil des Khafji-Feldes im Jahr 2000¹², rückte der Iran als Rohstoffquelle noch stärker ins Interesse Tokios¹³; und dabei insbesondere die mögliche Er-

(eingesehen am 30.03.2006); Energy Information Administration (Hg.), *Country Analysis Brief*;

<<http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/contents.html>> (eingesehen am 30.03.2006).

⁴ Die nachgewiesenen Kohlereserven werden etwa 190 Jahre, Uran etwa 85 Jahre reichen. Vgl. Agency for Natural Resources and Energy (Hg.), *Energy in Japan 2005*; <<http://www.enecho.meti.go.jp/topics/energy2005E.pdf>> (eingesehen am 30.03.2006).

⁵ Vgl. Fujii Hideaki, *Japan*, in: Paul B. Stares (Hg.): *Rethinking Energy Security in East Asia*, S. 59-78, Tokyo/New York 2000, S. 60.

⁶ Vgl. Agency for Natural Resources and Energy (Hg.), *Fundamental Concepts Underpinning Japan's Oil Policy: Securing a Stable and Efficient Supply*; <<http://www.enecho.meti.go.jp/english/energy/oil/policy.html>> (eingesehen am 30.03.2006).

⁷ Vgl. Agency for Natural Resources and Energy (Hg.), *Energy in Japan 2005*; <<http://www.enecho.meti.go.jp/topics/energy2005E.pdf>> (eingesehen am 30.03.2006).

⁸ Die Erdgasreserven sind kaum umfangreicher als die Erdölreserven, so dass auch hier ein Wettstreit um die Ressourcen unvermeidbar scheint. Kohle stößt bei der Energiegewinnung die im Vergleich höchsten CO₂-Emissionen aus, weswegen ein weiterer Ausbau der Energiegewinnung aus Kohle den Zielen des Kyoto-Protokolls zu wider laufen würde. Alternative Energieträger können keine stabile Energieversorgung garan-

tieren und spielen darüber hinaus bisher nur eine untergeordnete Rolle im Energiemix Japans. Vgl. Agency for Natural Resources and Energy, *Energy in Japan 2005*; <<http://www.enecho.meti.go.jp/topics/energy2005E.pdf>> (eingesehen am 30.03.2006). Dem Ausbau der Kernenergie in Japan steht eine seit Mitte der 1990er Jahre anhaltende Serie von Unfällen mit Todesfolge und Vertuschungen über Sicherheitsmängel seitens der Atomindustrie, sowie einer wachsenden Opposition in der öffentlichen Meinung gegenüber Kernenergie gegenüber. Verzögerungen im Bau oder die Aufgabe von Projekten waren die Folge. Vgl. Sarah Buckley, *Japan's shaky nuclear record*, BBC News Online, 24.03.2006; <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/3548192.stm>> (eingesehen am 03.04.2006).

⁹ Vgl. Agency for Natural Resources and Energy (Hg.), *Energy in Japan 2005*; <<http://www.enecho.meti.go.jp/topics/energy2005E.pdf>> (eingesehen am 30.03.2006).

¹⁰ Auf japanisch heißt die Nationalflagge Japans „Hinomaru“.

¹¹ Vgl. Kyodo News, *Japan eyes 40% oil import ratio from independent projects by 2030*, 30.03.2006; <<http://asia.news.yahoo.com/060330/kyodo/d8gllk607.html>> (eingesehen am 05.04.2006).

¹² Der Verlust des Khafji-Feldes entsprach über 5 Prozent von Japans täglichen Ölkonsums. Vgl. Energy Information Administration, *Japan Country Analysis Brief*; <<http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/Japan/Oil.html>> (eingesehen am 31.03.2006).

¹³ In Saudi Arabien liegen circa 22 Prozent, im Iran circa 11 Prozent der globalen gesicherten Erdölreserven. Vgl. BP Global (Hg.), *BP Statistical Review of World Energy 2005*; <http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/publications/energy_reviews_2005/STAGING/loca

schließung des sogenannten Azadegan-Feldes. Der damalige iranische Präsident Chatami bot Japan exklusive Verhandlungen über die Exploration des Azadegan-Ölfelds nahe der iranisch-irakischen Grenze an. Mit geschätzten 26 Billionen Barrel gehört Azadegan zu den weltweit größten Ölfeldern. Aufgrund der Auswirkungen der Terroranschläge auf die USA am 11. September 2001 verzögerten sich die Verhandlungen jedoch. Die amerikanische Regierung übte aufgrund der Rolle Teherans als Förderer des internationalen Terrorismus und der verstärkten Nuklearaktivitäten Druck auf Tokio aus, Alternativen zu Azadegan zu erwägen. Gleichwohl kam es im Februar 2004 zu einem Vertragsabschluss zwischen dem Iran und einem Konsortium unter der Führung der *Inpex Cooperation*, an dem der japanische Staat 36 Prozent der Anteile hält.¹⁴ Die Produktion soll ab 2007 mit zunächst 50000 Barrel pro Tag beginnen und bis 2012 auf 260000 Barrel pro Tag ansteigen.¹⁵ Damit entspricht das Produktionsvolumen von Azadegan fast jenem des Khafji-Feldes und würde die Produktion von ‚Hinomaru-Öl‘ um 40 Prozent erhöhen.

Die Bedeutung des Azadegan-Projektes geht jedoch über die unmittelbare Öl-Förderung hinaus. Azadegan ist zugleich Ergebnis und Symbol der traditionell guten Beziehungen zwischen Tokio und Teheran, auf die Washington bisher nur sehr begrenzt Einfluss zu nehmen vermochte.¹⁶ Würde Japan dennoch dem Druck seines wichtigsten sicherheitspolitischen Partners nachgeben, riskierte es, seine privilegierte Position im Wettstreit um Irans Ressourcen zu verlieren. Hinzu kommt, dass sich Tokio in Zukunft verstärkt der Konkurrenz Chinas im Iran ausgesetzt sehen wird.

l_assets/downloads/pdf/statistical_review_of_world_energy_full_report_2005.pdf> (eingesehen am 30.03.2006).

¹⁴ Der Vertrag hat ein Volumen von zwei Mrd. US-Dollar und eine Vertragslaufzeit von zwölf Jahren. Neben dem Druck aus Washington während der Verhandlungen, sieht sich Tokio auch jetzt noch Forderungen nach einer Aufgabe von Azadegan oder der Unterbrechung der Entwicklung ausgesetzt. Vgl. Michael Penn, *The Battle of Azadegan: Japan, Oil and Independence*, in: *JapanFocus.org*, 27.08.2005; <<http://www.japanfocus.org/article.asp?id=379>> (eingesehen am 22.03.2006).

¹⁵ Fumihito Ishizuka, *Risky gov't policy influences Inpex: Energy security trumps shareholder concerns despite company's listing*, in: *The Nikkei Weekly* (Nikkei Net Interactive), 22.11.2004; <<http://www.nni.nikkei.co.jp/AC/TNW/Search/Nni20041122ED9GLO01.htm>> (eingesehen am 08.05.2006).

¹⁶ Vgl. Michael Penn, *The Battle of Azadegan: Japan, Oil and Independence*, in: *JapanFocus.org*, 27.08.2005; <<http://www.japanfocus.org/article.asp?id=379>> (eingesehen am 22.03.2006).

Die Volksrepublik bezieht bereits gegenwärtig über zehn Prozent ihres importierten Erdöls aus dem Iran und ist Teherans drittwichtigster Handelspartner.¹⁷ Im Jahr 2004 übertraf Chinas Ölkonsum erstmals den japanischen. Peking ist daher wie Tokio darum bemüht, durch langfristige Verträge mit Staaten des Nahen Ostens eine stabile Ölversorgung zu garantieren.¹⁸

Auch vor diesem geostrategischen Hintergrund der Energierivalität zu China ist aus Tokios Perspektive das Festhalten an Azadegan alternativlos.¹⁹ Der Streit um das iranische Atomprogramm verkompliziert Tokios Situation jedoch erheblich, da durch Japans Haltung zum NVV und der Bedeutung seines Sicherheitsbündnisses mit den USA zwei weitere zentrale Eckpfeiler japanischer Außen- und Sicherheitspolitik unmittelbar berührt sind. Zu fragen ist also, inwieweit diese das japanische Primat der Energiesicherheit verändern und damit Japans Engagement im Iran gefährden könnten.

Japans Ausgangssituation im Atomstreit mit Iran

Grundsätzlich sind vier Faktoren zu diskutieren, die Japans Haltung im Atomstreit mit dem Iran beeinflussen könnten. Der erste betrifft seine Politik im Rahmen des NVV. Als einziger Staat mit der historisch tief verwurzelten Erfahrung eines Angriffs mit Atomwaffen, gilt Japan als eines der engagiertesten Mitglieder des NVV.²⁰ Diese Haltung legt nahe, dass sich Tokio bei einer Verschärfung des Atomkonflikts entschließen könnte, die Entwicklung des Azadegan-Projekts entweder zu verschieben oder gänzlich aufzugeben. Auf Druck aus Washingtons hin hat die japanische Regierung allerdings bisher darauf verwiesen, dass in der

¹⁷ Europäische Kommission, *Bilaterale Handelsbeziehungen mit dem Iran*; <http://ec.europa.eu/comm/trade/issues/bilateral/countries/iran/index_en.htm> (eingesehen am 22.03.2006).

¹⁸ David E. Sanger, *China's Oil Needs Are High on U.S. Agenda*, *The New York Times*, 19.04.2006, <http://www.nytimes.com/2006/04/19/world/asia/19china.html?ex=1146110400&en=81932973894ff91d&ei=5018&partner=B_RITANNICA> (eingesehen am 21.04.2006).

¹⁹ Vgl. Takashi Kamiguri/Hideaki Abe, *Iran Dilemma*, in: *Asahi Shimbun*, 26.01.2006; <<http://www.asahi.com/english/Herald-asahi/TKY200601260159.html>> (eingesehen am 27.04.2006).

²⁰ Vgl. Mitsuru Kurosawa, *Moving Beyond the Debate on a Nuclear Japan*, in: Center for Nonproliferation Studies (Hg.), *The Non-proliferation Review*, 11, Nr. 3, (Fall-Winter 2004), S. 110-135.

Iran-Frage die nukleare Nichtverbreitung und die Entwicklung von Azadegan zwei voneinander zu trennende Sachverhalte darstellen.²¹

Ein zweiter Faktor wären mögliche Sanktionen gegen den Iran im Rahmen der VN. Zweifelsohne würde Japan trotz der Bedeutung des Iran für seine Energiesicherheit Sanktionen der VN mittragen. Doch auch dieses Szenario scheint gegenwärtig nicht wahrscheinlich. Einer entsprechenden Resolution im Sicherheitsrat stehen derzeit sowohl Russland als auch China ablehnend gegenüber. Da China ebenso wie Japan intensive energiepolitische Beziehungen zu Teheran unterhält und diese nicht durch den Streit um das iranische Atomprogramm gefährdet sehen will, überlappen sich Pekings und Tokios Interessen auf bemerkenswerte Art.²² Ironischerweise kann sich Japan demnach zum Schutz seiner Investitionen im Iran ausgerechnet auf die Blockadehaltung seines Konkurrenten China im Sicherheitsrat verlassen.

Der dritte und vierte Bestimmungsfaktor für Japans Iranpolitik ergeben sich aus den Sicherheitsbeziehungen zu Washington. Die Bush-Administration hat wiederholt darauf hingewiesen, dass eine Lösung der Iran-Frage auch außerhalb der VN möglich sei und die USA sich entsprechende diplomatische, wirtschaftliche und militärische Optionen offen halten würden. Eine bereits öffentlich geäußerte Möglichkeit wäre das Schmieden einer „economic coalition of the willing“, um den Iran zur Aufgabe seiner Anreicherungspläne zu zwingen.²³ Als letztes Mittel wird auch die Anwendung militärischer Gewalt nicht ausgeschlossen. Da Japan seit der Unterzeichnung des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages von 1951 einer der engsten Verbündeten der USA ist, stellt sich die Frage, welche Rolle es in Anbetracht dieses Bündnisses in beiden Szenarien spielen würde und ob davon das Azadegan-Projekt betroffen wäre.

Eine militärische Option gegen den Iran unter japanischer Beteiligung ist dabei schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht denkbar. Denn in Artikel 9 seiner Verfassung verzichtet Japan ausdrücklich auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt zur Lösung internationaler Konflikte. Das Sicherheitsbündnis mit den USA ist dementsprechend ein reines Verteidigungsbündnis, welches die USA zur Verteidigung Japans verpflichtet, umgekehrt aber keinerlei Verpflichtung Japans gegenüber den USA enthält. Zwar wurde das Einsatzspektrum und der Einsatzbereich der japanischen Selbstverteidigungskräfte (Self Defense Force; SDF) unter dem Sicherheitsbündnis mit den USA mehrfach erweitert. Doch im Zentrum steht weiterhin die Verteidigung Japans. Auch die jüngsten Entwicklungen im Zuge der Anschläge vom 11. September 2001 ändern hieran nichts. Denn aus japanischer Sicht handelte man sowohl bei der Entsendung der SDF in den Indischen Ozean im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ als auch bei der Entsendung von Truppen in den Irak ausdrücklich auf Grundlage von Resolutionen der VN und stand damit nicht im Widerspruch zur eigenen Verfassung.²⁴ Hinzu kommt, dass Japans Engagement im Irak erst ein halbes Jahr nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen begann und lediglich leicht bewaffnete Soldaten entsandt wurden, die ausschließlich Wiederaufbauarbeit leisten.²⁵ Zwar dürfte es Japan schwer fallen, den USA im Falle militärischer Aktionen gegen den Iran auch ohne klares Mandat der VN die logistische Unterstützung zu entziehen. Doch bleibt festzuhalten, dass die SDF weder mit noch ohne VN-Mandat an Kampfhandlungen beteiligt würden und dies seitens der USA auch nicht erwartet wird. Japan spielt dementsprechend in einem solchen Szenario keinen aktiven Part. Ob und in welchem Umfang die japanische Regierung ein militärisches Vorgehen zumindest politisch unterstützen würde, hängt im Wesentlichen von der Einheit des Westens und dem Verhalten Tehe-

²¹ Vgl. Takashi Kamiguri/ Hideaki Abe, *Iran Dilemma*, in: *Asahi Shimbun*, 26.01.2006; <<http://www.asahi.com/english/Herald-asahi/TKY200601260159.html>> (eingesehen am 27.04.2006).

²² Vgl. David E. Sanger, *China's Oil Needs Are High on U.S. Agenda*, *The New York Times*, 19.04.2006, <<http://www.nytimes.com/2006/04/19/world/asia/19china.html?ex=1146110400&en=81932973894ff91d&ei=5018&partner=B RITANNICA>> (eingesehen am 21.04.2006).

²³ Vgl. David Horowitz, *Lieberman: US could attack Iran's nukes*, in: *Jerusalem Post Online Edition*, (eingesehen am 18.04.2006). Condoleezza Rice, Rede vor dem Chicago Council on Foreign Relations, 19.04.2006; <<http://www.state.gov/secretary/rm/2006/64797.htm>> (eingesehen am 24.04.2006).

²⁴ Premierminister und Kabinett von Japan (Hg.), *Anti-Terror Gesetze vom 29. Oktober 2001*, engl. Übersetzung; <http://www.kantei.go.jp/foreign/policy/2001/anti-terrorism/1029terohougaiyou_e.html> (eingesehen am 04.04.2006). Premierminister und Kabinett von Japan (Hg.), *Gesetz über besondere Maßnahmen für humanitäre Hilfe und Hilfe für den Wiederaufbau im Irak*, engl. Übersetzung; <http://www.kantei.go.jp/foreign/policy/2003/031209housin_e.html> (eingesehen am 04.04.2006).

²⁵ Vor allem die Rolle der derzeit im Rahmen von „Enduring Freedom“ operierenden Marineeinheiten der SDF im Indischen Ozean wäre im Falle von US Militärschlägen gegen den Iran zu klären.

rans ab. Die Auswirkungen auf Japans Engagement im Iran sind in einem solchen Szenario deshalb schwer einschätzbar.

Die Option einer „economic coalition of the willing“ ist für Japans energiepolitische Interessen im Iran auf den ersten Blick problematisch. Denn es ließe sich argumentieren, dass sich Tokio anders als im Falle einer militärischen Option aus drei Gründen einer solchen „wirtschaftlichen Koalition der Willigen“ nicht entziehen könnte. Erstens ist es Japans moralische Pflicht, eine Weiterverbreitung von Atomwaffen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Wirtschaftliche Sanktionen verbietet die japanische Verfassung nicht und folglich wären solche ein für Japan gangbarer Weg. Doch obgleich Japan bei jeder sich bietenden Gelegenheit Hiroshima und Nagasaki heraufbeschwört, darf nicht übersehen werden, dass Tokio im Fall Iran bisher Energiesicherheit und nukleare Nichtverbreitung als gleichwertige Faktoren in den Beziehungen zu Teheran gesehen hat. Es stellt sich daher die Frage, warum Japan aus rein moralischen Überlegungen eine Verschiebung der Prioritäten in Betracht ziehen sollte. Zweitens ließe sich anführen, dass Japan sich einer „wirtschaftlichen Koalition der Willigen“ gegen den Iran nicht verschließen könnte, weil es 2003 Mitglied der US geführten „Koalition der Willigen“ für die Entwaffnung des Iraks war. Mit Teheran unterhält Tokio jedoch gute diplomatische und umfassende wirtschaftliche Beziehungen. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten hätte Japan folglich als Mitglied einer solchen Koalition viel zu verlieren, ohne dass ein Erfolg der Sanktionen garantiert werden könnte. Drittens, so eine mögliche Argumentation, könnte sich Japan wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Iran nicht verschließen, weil eine „wirtschaftliche Koalition der Willigen“ ohne Beteiligung von Irans zweitwichtigstem Handelspartner wenig Sinn ergeben würde. Sofern ein solches Sanktionsregime auf europäischer Seite zumindest Irans wichtige Handelspartner Frankreich und Deutschland umfasst, ist tatsächlich davon auszugehen, dass auch Japan sich in diese Phalanx einreihen würde, um seinen internationalen Pflichten und eigenen Prinzipien nachzukommen. Wie jedoch bereits ausgeführt, ist der Fall Iran für Japan nicht nur ein Proliferations-, sondern auch ein energiepolitisches Problem. Eine Unterbrechung der Öllieferungen aus dem Iran würde dementsprechend in Japan als ungleich dramatischer gesehen als in den meisten europäischen Staaten. Darüber hinaus würde eine „wirtschaftliche Koalition der Willigen“ wohl in

erster Linie aus westlichen Staaten wie den USA, den Ländern der EU, Japan, Kanada und Australien bestehen. Doch wäre die Volksrepublik China wohl kaum Teil eines solchen Sanktionsregimes. Hätte China hieran Interesse, böte sich der Weg über den Sicherheitsrat der VN an. Tatsächlich aber hat Peking in den letzten Jahren große Investitionen im Iran getätigt, die es mit Sanktionen nicht aufs Spiel setzen möchte.²⁶ Eine „Koalition der Willigen“, die zwar Japan, nicht aber China umfasst und sich zudem auf den Energiesektor erstreckt, wäre demnach das ‚worst case‘-Szenario Tokios. Eine solche Situation, in der China auf Kosten Washingtons engstem Verbündeten in Asien einen quasi exklusiven Zugang zu Irans Energiereserven erlangen würde, kann jedoch kaum im Interesse der Bush-Administration liegen. Vermutlich ist dies auch ein Grund, warum in Washington bisher nur von „finanziellen oder politischen Maßnahmen“, aber nicht von wirtschaftlichen Sanktionen gesprochen wurde.²⁷ Sofern solche „finanziellen oder politischen Maßnahmen“ keine Auswirkungen auf Japans Engagement in Irans Ölsektor hätten, wäre zumindest Azadegan nicht unmittelbar gefährdet.

Fazit: Trittbrettfahrt nach Azadegan?

Zwar spricht zunächst einiges für die These, dass Japan sein Engagement im Iran im Falle einer weiteren Zuspitzung des Konflikts um das Atomprogramm überdenken würde. Bei genauerer Betrachtung möglicher Szenarien zeigt sich jedoch, dass die Argumente überwiegen, die ein Festhalten Japans an Azadegan nahe legen. Washington, Tokios wichtigster sicherheitspolitischer Verbündeter und größter Kritiker des Azadegan-Projekts, war bisher erfolglos darum bemüht, die Volksrepublik China von der Notwendigkeit von Sanktionen im Rahmen der VN gegen Teheran zu überzeugen. Solange diese Bemühungen der Bush-Administration weiter vergebens bleiben, braucht auch Japan keine Resolution des Sicherheitsrates der VN zu befürchten. Tokios Engagement im Iran wird

²⁶ Mayumi Negishi, *China to swoop on Iran oil field if Tokyo pulls support: firms*, in: *The Japan Times*, 18.08.2005, <<http://search.japantimes.co.jp/print/business/nb08-2005/nb20050818a1.htm>> (eingesehen am 23.03.2006).

²⁷ Condoleezza Rice, Rede vor dem Chicago Council on Foreign Relations, 19.04.2006; <<http://www.state.gov/secretary/rm/2006/64797.htm>> (eingesehen am 24.04.2006).

paradoxerweise von den deckungsgleichen Energieinteressen Chinas in den VN geschützt.

Gleiches gilt für die seitens der Bush-Administration ins Spiel gebrachte „wirtschaftliche Koalition der Willigen“. Diese Koalition soll ein Sanktionsregime außerhalb der VN oder unter Berufung auf eine Resolution der VN ermöglichen, ohne dass sich Skeptiker wie die Volksrepublik China oder Russland daran beteiligen würden. Interessanterweise umfassen die derzeit diskutierten Sanktionsmittel einer solchen Koalition jedoch ausschließlich „finanzielle oder politische Maßnahmen“, nicht jedoch wirtschaftliche beziehungsweise explizit den Ölsektor betreffende Sanktionen. Denkbar ist, dass auch Washington kein Interesse an Sanktionen verspürt, welche Chinas globale strategische Position und regionalen Einfluss am Persischen Golf stärken würden, ohne den Iran zum Einlenken zu bewegen.

Tokio befindet sich folglich im Streit um das iranische Atomprogramm in einer bequemen Situation. Sanktionen außerhalb des Sicherheitsrates der VN gegen den Iran, die Japan schaden, Chinas Interessen jedoch unberührt lassen, drohen nicht nur ineffektiv zu sein, sondern dürften auch in Washington nur dritte Wahl sein. Dementsprechend wird die Bush-Administration versuchen müssen, im Rahmen der VN und damit unter Beteiligung Chinas eine Drohkulisse gegen den Iran aufzubauen. Hiervon profitiert wiederum Japan, ohne dass es dafür die Beziehungen zu seinem Bündnispartner belasten müsste. Japan kann daher bis auf weiteres eine Politik des Trittbrettfahrers in der Iranfrage betreiben.

Teheran, auf der anderen Seite, dürfte sich kaum durch eine potentielle „wirtschaftliche Koalition der Willigen“ zu einem Politikwechsel in seiner Atompolitik genötigt sehen, solange es vor allem China als Fürsprecher auf seiner Seite zu haben glaubt. Aus der Sicht des Iran steht Japan, welches sein Dilemma zwischen sicherheitspolitischer Westbindung und energiepolitischen Interessen im Windschatten Chinas auszusitzen erhofft, dabei für die mangelnden Handlungsalternativen des Westens.

Somit fällt der EU-3 die Aufgabe zu, der iranischen Perzeption des ohnmächtigen Westens entgegenzutreten. Es hängt im Wesentlichen von ihrer Bereitschaft ab, gegenüber Teheran glaubhaft die Bereitschaft zu möglichst weit reichenden Sanktionen zu kommunizieren, ob mit oder ohne Mandat der VN. Auch obliegt es mehr den EU-3 als den USA, eine möglichst breite internationale Unterstützung für ein solches Sanktionsregime, oder anders ausgedrückt, für eine „wirt-

schaftliche Koalition der Willigen“ zu gewinnen. Denn im Gegensatz zu Washington verfolgen die Europäer im Iran intensive Wirtschaftsinteressen, deren Unterordnung unter die Frage der nuklearen Nichtverbreitung ein Signal setzen würde. In einer solchen Konstellation wären auch Sanktionen denkbar, die Irans Ölsektor treffen würden. Unter dem durch die EU-3 aufgebauten Druck stünde Japan dann in der Tat vor der Gretchenfrage: energiepolitische Interessen oder NVV?